

Zwischen Klicks und Realität

Experten mahnen: Mediennutzung bei Kindern kann problematisch sein

Hersfeld-Rotenburg – Ständig online, immer erreichbar – für viele Kinder und Jugendliche gehört auch im Kreis Hersfeld-Rotenburg das Smartphone längst zum Alltag. Doch wie schlägt sich die permanente Mediennutzung auf das Verhalten und die Gesundheit nieder?

„Medien werden immer früher genutzt“, sagt Christina Heimeroth, Diplomsozialarbeiterin der Fachstelle Suchtprävention der Diakonie in Hersfeld-Rotenburg. Heutzutage sei es eine Selbstverständlichkeit, mit Medien aufzuwachsen. Dabei mahnen die Experten des Medienkompetenz-Zentrums der Diakonie im Landkreis, wie wichtig es sei, das eigene Nutzungsverhalten zu hinterfragen und einen bewussten Umgang mit digitalen Medien zu lernen.

Die Schwierigkeit, so Heimeroth, bestehe darin, den Kindern einen gesunden Umgang mit Medien beizubringen und diesen auch selbst vorzuleben. Das beginne bereits bei den Eltern. „Eltern sind der Spiegel für die Kinder, sie haben eine Vorbildfunktion“, erklärt Joshua Lambrecht, Sozialarbeiter der Jugendhilfestation der Diakonie.

Und das Vorgelebte entscheidet auch über den Charakter. Denn schon jetzt beobachten die Sozialarbeiter eine verminderte Aufmerksamkeitsspanne bei Kindern. Auslöser sind vor allem kurze Videos im Internet, die extra so gemacht seien, dass der Nutzer viele hintereinander schaut, erklärt Lambrecht.

Da sei Kontrolle aus dem Elternhaus umso wichtiger. Aber: „Viele Eltern kümmern sich nicht um die Mediennutzung ihrer Kinder.“ Nur rund ein Drittel der Eltern kümmert sich und informiert sich ausreichend, sagt Lambrecht.

Ein striktes Medien-Verbot sei jedoch nicht die Lösung. Dann brechen möglicherweise Konflikte auf. „Kinder setzen Eltern häufig unter Druck und werden aggressiv, um das zu bekommen, was sie wollen“, sagt Heimeroth. Zudem seien



Klären im Umgang mit Medien auf: Christina Heimeroth und Joshua Lambrecht von der Diakonie in Hersfeld-Rotenburg.

FOTO: KATHARINA BREUNING

Ausgrenzung und Mobbing in der Schule eine mögliche Folge, wenn Kindern die Nutzung von Medien vollständig verwehrt würde.

Stattdessen bietet die Diplomsozialarbeiterin Workshops in Schulen für die fünften Klassen an. Dabei schockiere sie vor allem die „Unbedarftheit und Naivität“ der Schüler. „Die meisten jungen Menschen haben kein Gespür dafür, was sie im Internet preisgeben sollten und was nicht.“

Und der Sozialarbeiter wünscht sich noch mehr Zeit für das Thema in Schulen. Es brauche in der Schule ein Medienkompetenz-Fach und Pflicht-Elternabende, an denen auch Eltern geschult werden, fordert Lambrecht.

„Eine Regulierung seitens der Eltern ist kein Hexenwerk.“ Mithilfe von Apps wie Family Link können Eltern die Inhalte auf dem Smartphone ihres Kindes begrenzen, erklärt Heimeroth. Dazu zähle auch die zeitliche Begrenzung bei der täglichen Handy-Nutzung. Doch der Grad sei schmal. Viele Eltern hätten zu wenig Vertrauen in ihre Kinder. Manche würden ihre Kinder sogar „tracken“ und so auf Schritt und Tritt verfolgen. „Eltern sollten ihren Kindern grundsätzlich vertrauen“, appelliert Lambrecht.

Jeder Medienkonsum sei bedenklich. Warnzeichen, bei denen Eltern erkennen können, dass es an der Zeit ist, aktiv zu werden, kennen die Experten: Zum Beispiel, wenn ein Kind

geliebte Hobbys oder Freunde vernachlässigt, viel Zeit im eigenen Zimmer verbringt oder Regeln bricht, so Heimeroth. Häufig lassen Betroffene Mahlzeiten ausfallen oder vernachlässigen die Körperhygiene, sagt Lambrecht. „Das Zocken ist wichtiger“, ergänzt er.

Und die Auswirkungen auf Körper und Geist seien immens, sagt Dr. Simone Lorenc, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie der Median Klinik Wigbertshöhe in Bad Hersfeld. Denn wer sich kaum noch an der frischen Luft bewegt oder die Sonne meidet, riskiere einen Vitaminmangel – insbesondere an Vitamin D, so die Chefarztin. Zudem könne stundenlanges Sitzen oft zu Muskelverspannungen, Seh-

nenverkürzungen und Haltungsschäden führen, so die Expertin weiter. Oftmals gehe die vermehrte Mediennutzung auch mit weniger sozialen Kontakten in der realen Welt einher. Das kann zu Kommunikationsdefiziten und abnehmenden sozialen Fähigkeiten führen, erklärt Lorenc. Doch wie überall sei auch hier das Maß der Dinge ausschlaggebend.

„Medien an sich sind nicht gefährlich“, sagt Heimeroth. Aber es komme auf das Konsumverhalten an. Sozialarbeiter Lambrecht betont: „Letztendlich bringen digitale Medien auch viele Vorteile – man sollte sie nicht nur verteufeln.“ Am Ende kommt es auf das richtige Maß an.

KATHARINA BREUNING

Grüne fordern mehr Hilfe für Kommunen

Hersfeld-Rotenburg – Die hessischen Städte und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen, erhielten allerdings nicht die notwendige Unterstützung vom Land, um ihren Pflichtaufgaben gerecht werden zu können, kritisiert die heimische Grünen-Landtagsabgeordnete Kaya Kinkel laut einer Pressemitteilung.

Auch im Landkreis Hersfeld-Rotenburg zeige sich, dass die Landesregierung aus CDU und SPD die Kommunen im Stich ließe. „Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass gezielt dort geholfen wird, wo es besonders nötig ist: nämlich bei Investitionen in Kitas, Schulen, Ganztagsbetreuung und Klimaschutz“, erklärt Kinkel.

Mit dem Investitionsprogramm „KIP macht Zukunft“ sollen zwei Milliarden Euro in die Lebensqualität vor Ort fließen, heißt es weiter.

„Mehr Kitaplätze erleichtern Familien den Alltag, Schulen brauchen angemessene Räume, und der Rechtsanspruch auf Grundschulkindbetreuung ab 2026 muss finanziell unterstützt werden. Auch Klimaschutz, Wärmenetze und nachhaltige Mobilität erfordern dringend Investitionen.“

Das Programm soll über die WIBank mit Darlehen bereitgestellt werden. Im ersten Jahr stehen dafür 500 Millionen Euro zur Verfügung, weitere 1,5 Milliarden Euro folgen.

Die hessische Landesregierung übernimmt dabei die Hälfte der Tilgung und Zinskosten, wodurch die Kommunen nachhaltig entlastet werden.

Dem Landeshaushalt entstehen demnach zunächst Kosten von 7,5 Millionen Euro, die mit Zins und Tilgung auf 63 Millionen Euro pro Jahr ansteigen, heißt es abschließend in der Presseerklärung. red/dag

Vortrag über Weltkulturerbe im Harz

Heringen – Zu einem Vortrag lädt der Förderkreis des Werra-Kalibergbau-Museums für Freitag, 28. Februar, ins Martin-Luther-Haus, Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße 3 in Heringen ein. Beginn ist um 20 Uhr.

Gerhard Lenz, ehemaliger war Stiftungsdirektor des Harzer Welterbes und Leiter des Besucherbergwerks Rammelsberg, referiert zum Thema: „Das Weltkulturerbe im Harz – Entwicklungsperspektiven einer ehemaligen Bergbauregion“. Der Eintritt ist frei.

In seinem Vortrag wird Gerhard Lenz laut Ankündigung die Entwicklung des Bergbau-Weltkulturerbes im Harz beleuchten und Perspektiven für die zukünftige Gestaltung und Nutzung dieser Region aufzeigen, die sowohl historische Bedeutung als auch großes Potenzial für die Zukunft besitzt. red/jce

Rosenmontag: Versorgungsamt schließt früher

Fulda – Das Hessische Amt für Versorgung und Soziales Fulda – Versorgungsamt – hat am Rosenmontag, 3. März, nur vormittags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

Ab Dienstag, 4. März gelten wieder die regelmäßigen Geschäftszeiten. red/jce

Kreis bürgt für Klinikum mit Patronatserklärung

Gegner befürchtet „Blankoscheck“ – Krankenhauskonzern soll über Gutachten informieren

Hersfeld-Rotenburg – Mit letztlich deutlicher Mehrheit (31 Ja-Stimmen, 19 Gegenstimmen) hat der Kreistag Hersfeld-Rotenburg einer Patronats- und Garantierklärung für das Klinikum zugestimmt. Damit verpflichtet sich der Landkreis, beim Konzentrationsvorhaben des kreiseigenen Konzerns in Bad Hersfeld samt Neubau finanziell einzustehen, sollte das Klinikum seine Verpflichtungen nicht erfüllen können. Zudem werden der Eigenanteil am Neubau über 60 Millionen Euro sowie bereits durch den Gesellschaftervertrag abgedeckte Betriebskostenzuschüsse zugesichert.

Die Verpflichtungen gelten, bis der Neubau in Betrieb genommen worden ist – der Landkreis komme damit einer Forderung aus dem hessischen Gesundheitsministerium zur „formalen Absicherung“ des Großprojekts nach, an dem sich Land und Bund mit jeweils 60 Millionen Euro beteiligen, heißt es im Beschlussvorschlag. Eine Genehmigung durch das Regierungspräsi-



Dirk Noll
Erster Kreisbeigeordneter



Tim Schneider
UBL/Bürgerherz



Martina Selzer
Bündnis 90/Grüne

um (RP) in Kassel sei in Aussicht gestellt worden.

Die im Zuge der Haushaltsdebatte diskutierten Erklärungen blieben nicht unumstritten. Von der CDU, die auch den Finanzplan ohne Aussicht auf Genehmigung ablehnte, hieß es, der Kreistag könne keine Patronatserklärung abgeben, wenn nicht sichergestellt sei, wie Belastungen finanziert werden können. Die Christdemokraten drängen darauf, dass das Klinikum mit der neuen „Sanierungsgeschäftsführerin“ (Fraktionschef Herbert Höttl) dem Kreistag über weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Defizits berichtet.

Für UBL/Bürgerherz sprachen Fraktionschef Tim

Schneider und Dr. Tobias Klingenberg von einem „Blankoscheck“ fürs Klinikum, weil auch Betriebskostenzuschüsse fest zugesagt werden. Die Finanzierung werde „nur über Schulden gehen“, so Schneider. Seine Fraktion lehnte die Erklärung – wie auch die AfD – ab.

Es handele sich um eine „Schikane des Landes“, die faktisch nichts an den Verbindlichkeiten des Kreises ändere, so Martina Selzer (Grüne). Mit der Erklärung werde sichergestellt, dass Fördergeld entsprechend dem Baufortschritt zur Verfügung steht, argumentierten die Befürworter der Erklärung. Diese würden sich nicht im Haushalt 2025 niederschlagen, so SPD-Fraktionsvor-

sitzender Manfred Fehr in Richtung CDU.

Auch Landrat Torsten Warnecke (SPD) betonte, es gehe darum, den Neubau abzuschließen und bereits bestehende Verpflichtungen zu bestätigen. Warum das Gesundheitsministerium jetzt auf den Beschluss einer verbindlichen Zusage des Landkreises dränge, wenn die Bagger schon rollen, wisse er nicht: „Das ist halt so“.

Kreistag fordert Infos

Einstimmig fordern die Abgeordneten, dass ihnen ein Gutachten für das Klinikum „in einer geeigneten Zusammenfassung“ vorgelegt und in nicht-öffentlicher Sitzung erläutert wird. Eingebracht hatte den

Antrag UBL/Bürgerherz. Nach 2020 ist für das Klinikum ein weiteres Gutachten erarbeitet worden, das den Kurs bei Strukturen und Finanzen überprüfen und gegebenenfalls aktualisieren soll.

AfD-Antrag fällt durch

Keine Mehrheit fand die AfD mit dem Vorstoß, Transferleistungen des Kreises zum 31. März einzustellen, die nicht durch Erträge gedeckt sind. Fraktionschef Dr. Kurt Gloos bezeichnete das Kürzen bei den Pflichtaufgaben als „Notwehr“ gegen Land und Bund: Wer bestelle, müsse bezahlen. Vize-Landrat Dirk Noll (SPD) hielt dagegen, dass damit alle Leistungen eingestellt werden müssten, weil der Kreis stets einen Eigenanteil trage. Gestoppt würden Hilfen für Beinträchtigte, Bedürftige und das Bürgergeld, auf die es einen Rechtsanspruch gebe. Mit drei Ja-Stimmen, einer Enthaltung (AfD) und 45 Nein-Stimmen fiel der Antrag durch.

CLEMENS HERWIG

Fotos: V.Hahnelt, R.Dupont, Privat